

Sitzung vom 22. Oktober 2014

1081. Anfrage (Was wird aus der Ausbildungsoffensive?)

Die Kantonsräte Moritz Spillmann, Ottenbach, und Andreas Erdin, Wetzikon, sowie Kantonsrätin Corinne Thomet, Kloten, haben am 30. Juni 2014 folgende Anfrage eingereicht:

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative akzentuiert die Problematik des Fachkräftemangels. Der Fachkräftemangel ist jedoch nicht neu, sondern wird bereits im Zuwanderungsbericht des AWA (Zuwanderung im Kanton Zürich: Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt, 2012) festgestellt und analysiert. Der Bericht bringt deutlich zum Ausdruck, dass die Zuwanderung massgeblich durch den Fachkräftemangel getrieben wird. Unternehmungen würden bei gleicher Qualifikation einheimische Arbeitnehmer vorziehen. Erst bei fehlendem Angebot im Inland rekrutierten die Firmen Fachkräfte aus dem Ausland. Für die Zukunft formuliert der Bericht drei Szenarien: Erstens die Fortführung der Entwicklung der letzten Jahre (Basisszenario), zweitens verschiedene Risikoszenarien (weniger ausländische Arbeitskräfte, hohe Rotation der ausländischen Arbeitskräfte, Wirtschaftskrise) sowie als drittes Szenario «Chance» die Umsetzung einer Ausbildungsoffensive bei Inländern. Das dritte Szenario schneidet klar am besten ab und findet die entschiedene Unterstützung des Volkswirtschaftsdirektors.

Mit dem Positionsbezug zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (2014) analysiert der Regierungsrat die Folgen der Initiative und nennt auch konkrete Massnahmen. So beabsichtigt der Regierungsrat die Stärkung der Inländer, indem u. a. die Ausbildungsqualität und das Ausbildungsniveau gestärkt werden sollen. Der Argumentation des Zuwanderungsberichtes und des Positionsbezuges folgend, drängt sich die Notwendigkeit einer Ausbildungsoffensive bei den Inländern auf.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. In welchen Berufsfeldern und Branchen erkennt der Regierungsrat besonderen Handlungsbedarf bezüglich Fachkräftemangel?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat heute den Zuwanderungsbericht angesichts der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative?
3. Der Zuwanderungsbericht will Grundlage sein, um volkswirtschaftliche und politische Handlungsoptionen zu erarbeiten. Bereits vor der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative anerkannte der Volkswirt-

schaftsdirektor im Sinne einer Schlussfolgerung die grosse Notwendigkeit, dem Fachkräftemangel mit einer Ausbildungsoffensive bei den Inländern zu begegnen. Wie setzte der Regierungsrat diese Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus dem Zuwanderungsbericht bisher um?

4. Besteht oder erarbeitet der Regierungsrat, ausgehend von seinen eigenen Aussagen im Zuwanderungsbericht und Positionsbezug, ein entsprechendes Konzept für eine Ausbildungsoffensive? Wenn ja, mit welchem Inhalt? Wenn nein, warum nicht?
5. Im Positionsbezug zur Masseneinwanderungsinitiative stellt der Regierungsrat unter Kap. 3.3 verschiedene Ansätze zur Stärkung der Stellung der Inländerinnen und Inländer in Aussicht. Wie will der Regierungsrat die genannten Massnahmen konkret umsetzen (insbesondere Förderung der Ausbildungsqualität und Stärkung der Mittel für Ausbildungsinstitute und Stipendien)?
6. Eine Stärkung der Ausbildung betrifft nicht nur eine Schulstufe, sondern muss mit Blick auf das gesamte Bildungssystem geplant werden. Welche konkreten Handlungsoptionen sieht der Regierungsrat angesichts des sich zusätzlich verschärfenden Fachkräftemangels für die Bildungspolitik speziell in den folgenden Bereichen:
 - a. frühe Förderung,
 - b. Volksschule,
 - c. gymnasiale und berufliche Bildung,
 - d. Tertiärstufe: Universität und Fachhochschulen,
 - e. Weiterbildung?

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Moritz Spillmann, Ottenbach, Andreas Erdin, Wetzikon, und Corinne Thomet, Kloten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der Studie «Zuwanderung im Kanton Zürich, Auswirkungen auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt» (Kanton Zürich, September 2012, www.awa.zh.ch, nachstehend Zuwanderungsstudie) wurde mittels einer Unternehmensbefragung nachgewiesen, dass ein ansehnlicher Anteil der Arbeitgebenden im Wirtschaftsraum Zürich ernsthafte Schwierigkeiten bekundet, geeignete Fachkräfte mit mittleren oder hohen Qualifikationen zu finden. Die 2010 durchgeführte Umfrage zeigte, dass der Anteil an Unternehmen, die keine geeigneten Fachkräfte finden, je nach Branche und Ausbildungsniveau zwischen 20% und 55% schwankte.

Lediglich für unqualifiziertes Personal wurden kaum Rekrutierungsengpässe gemeldet. Bei Anstellungen für Mittelqualifizierte im Finanzsektor waren die Schwierigkeiten unterdurchschnittlich. Dagegen meldete mehr als jede oder jeder zweite Arbeitgebende im Wirtschaftssektor der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (Rechts- und Steuerberatungen, Wirtschaftsprüfung, die Verwaltung und Führung von Betrieben, Architektur- und Ingenieurbüros, Forschung und Entwicklung, Werbung und Marktforschung, Grafik, Design sowie weitere Wirtschaftsabschnitte) sowie der Immobiliendienstleistungen, dass geeignetes Personal nur schwer oder gar nicht gefunden wurde.

Für die Erfassung des Fachkräftemangels hat das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) ein Indikatorenset entwickeln lassen, das fünf verschiedene Arbeitsmarktdimensionen einer betroffenen Berufsgruppe berücksichtigt. Ein Fachkräftemangel wird danach bei einer Berufsgruppe angezeigt, falls zwei der folgenden vier möglichen Beobachtungen eintreffen:

- a) Wenn der Deckungsgrad kleiner als 100% ist, d. h. es weniger angebotene Stellen in einem bestimmten Beruf als entsprechend qualifizierte Erwerbepersonen im Inland gibt,
- b) wenn der Anteil der Zuwanderung an den Erwerbstätigen in einem bestimmten Beruf überdurchschnittlich hoch ist,
- c) wenn die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Beruf unterdurchschnittlich ist,
- d) wenn der Anteil der offenen Stellen an sämtlichen Stellen für einen bestimmten Beruf überdurchschnittlich hoch ist, und gleichzeitig in diesem Beruf in den letzten zehn Jahren ein positives Beschäftigungswachstum stattfand.

Die vom SECO mit diesem Indikatorenset durchgeführte und veröffentlichte Analyse der verschiedenen Berufssparten zeigt, dass der Fachkräftemangel in der Schweiz tatsächlich ein verbreitetes Phänomen ist, wobei dieser in den MINT-Berufen, d. h. den Berufen im Bereich Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, überdurchschnittlich hoch ist.

Die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative im Februar 2014 hat die Lage tendenziell verschärft und den Bedarf für konkrete Lösungen verstärkt.

Zu Frage 2:

Die Zuwanderungsstudie zeigte, dass für die Behörden tatsächlich Handlungsspielräume bestehen. Eine Ausrichtung auf eine bestmögliche Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials kann sowohl die Zuwanderung dämpfen als auch der Zürcher Wirtschaft bestmögliche Wachs-

tumsperspektiven bieten. Dies geht aus der Simulation der verschiedenen wirtschaftspolitischen Entwicklungen klar hervor. Nur wenn das Angebot an beruflich gut qualifizierten Inländerinnen und Inländern (v. a. in vom Arbeitsmarkt nachgefragten Berufskategorien) steigt, kann das Bruttoinlandprodukt weiter gesteigert werden, ohne dass der Ausländeranteil übermässig ansteigt.

Zu Fragen 3–5:

Die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik des Kantons zielt darauf ab, der Bevölkerung des Kantons die bestmöglichen Bildungs- und Arbeitsmarktchancen zu bieten. Die laufenden Bemühungen sowohl bei der Integration der Arbeitslosen (namentlich auch der Arbeitslosen über 50 Jahre) als auch bei der Reform im Bildungswesen wurden unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Entwicklung weitergeführt.

Der Kanton bringt sich zudem auf Bundesebene in geeigneter Form ein, um die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials zu verbessern. Dabei werden namentlich die vier vom Bund im Rahmen der Fachkräfteinitiative definierten Handlungsfelder zur Stärkung des inländischen Fachkräftepotenzials begrüsst:

1. Höherqualifizierung entsprechend dem Bedarf der Arbeitswelt
2. Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
3. Schaffung guter Bedingungen zur Erwerbstätigkeit für ältere Arbeitnehmende
4. Förderung von Innovationen zur Entschärfung der Fachkräfteknappheit aufgrund höherer Produktivität.

Im Rahmen der Metropolitankonferenz Zürich hat das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) das Projekt «Stärkung des Produktionsstandorts über inländische Fachkräfte» angestossen. Darin werden in einem ersten Schritt mittels einer ab 2014 aufgeschalteten Online-Umfrage gute Massnahmen zur besseren Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials im privaten und öffentlichen Sektor in der Metropolitankonferenz Zürich erfasst (für detaillierte Informationen siehe www.fachkraeftepotenzial.ch).

Die Bildungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion arbeiten in verschiedenen Bereichen zusammen. Ein eigenes Konzept für die Bemühungen zur besseren Nutzung der inländischen Fachkräfte beschränkt sich auf das genannte Projekt des AWA in Zusammenarbeit mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt («Stärkung des Produktionsstandorts über inländische Fachkräfte», Metropolitankonferenz Zürich). Ansonsten werden die laufenden Bemühungen zur Verbesserung der Ausbildung der Inländerinnen und Inländer auf allen Ebenen fortgesetzt.

Zu Frage 6:

Die Förderung der Ausbildung ist ein wichtiges Element zur Stärkung der Inländerinnen und Inländer auf dem Arbeitsmarkt sowie zur Linderung des Fachkräftemangels. Zentral ist dabei die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der bereits laufenden Massnahmen in folgenden Bereichen:

a) Frühe Förderung: Frühe Sprachförderung

Sie ist für den künftigen Bildungsweg von wesentlicher Bedeutung. In «Spielgruppen plus» werden Kleinkinder von 2½ Jahren bis zum Kindergarten Eintritt auf kindgerechte Weise sprachlich gefördert.

b) Volksschule:

Förderung von Naturwissenschaft und Technik (NaTech)

Bereits im Kindergarten wird den Kindern diese Thematik auf spielerische und entdeckende Weise näher gebracht. Darauf aufbauend, wird sie im Unterricht aufgegriffen, während sie auf der Sekundarstufe I auch disziplinär betrachtet und durch besondere Angebote in den Zusammenhang mit der Berufswelt gebracht wird. Zur Förderung von NaTech in der Allgemeinbildung im Kanton hat der Bildungsrat 2010 Massnahmen in Bezug auf den Unterricht und die Lehrmittel der Volksschule, den Unterricht an den Mittelschulen sowie die Ausbildung der Lehrpersonen beider Schulstufen beschlossen.

Stellwerttest/Berufswahlvorbereitung

Der Stellwerttest wird zur Vorbereitung auf eine Berufslehre oder weiterführende Schulen in allen zweiten Sekundarklassen durchgeführt. Er dient der individuellen Standortbestimmung in einzelnen Fachbereichen und zeigt den Schülerinnen und Schülern mit einem Leistungsprofil die Stärken und Schwächen auf. Bei der Berufswahlvorbereitung in der zweiten und dritten Sekundarklasse setzen sich die Jugendlichen mit Fragen der Berufswahl und der persönlichen Zukunftsgestaltung auseinander. Sie wird sowohl als Unterrichtsprinzip (Vermittlung von Verhalten, Haltungen und Werten) als auch im Fachunterricht, in Einzelstunden und Projekten, in der Schule und in der Arbeitswelt vermittelt.

c) Gymnasiale Bildung

Zweisprachige Maturität

Der zweisprachige Unterricht wird in verschiedenen Sachfächern auf Englisch bzw. Französisch durchgeführt. Dieser Unterricht führt zu einer schweizerisch anerkannten zweisprachigen Maturität (Deutsch/Englisch bzw. Deutsch/Französisch und Deutsch/Italienisch am Liceo Artistico). Am Literargymnasium Rämibühl und am Realgymnasium Rämibühl kann zusätzlich das International Baccalaureate (IB) erworben werden (Doppelabschluss Maturität/IB).

Förderung von NaTech

Im Rahmen der vom Bildungsrat diesbezüglich beschlossenen Massnahmen (vgl. lit. b) hat jede Mittelschule ein schuleigenes Konzept zur Förderung des naturwissenschaftlichen Unterrichts für folgende Bereiche vorzulegen: Aufbau und Pflege einer MINT-Kultur; Interdisziplinarität; Nutzung externer Lernorte; Interesse an NaTech wecken, insbesondere bei jungen Frauen; Unterstützung der Maturandinnen und Maturanden bei der Studienwahl.

Stärkung der Fachmittelschulen (FMS)

Diesen vollschulischen Ausbildungsgängen mit Praktikum kommt bisher eine Nischenfunktion zu. Eine Förderung der FMS in den Profilen Gesundheit und Naturwissenschaften sowie Pädagogik drängt sich aufgrund des in diesen Berufsfeldern bestehenden Fachkräftemangels auf. In diesem Sinne werden entsprechende Massnahmen geprüft.

d) Berufsbildung

Stärkung der höheren Berufsbildung

Der Kanton unterstützt das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation bei dessen Bemühungen, die schweizerischen Berufsbildungsabschlüsse international zu positionieren und vergleichbar zu machen (vgl. auch RRB Nr. 295/2014). Zur Stärkung der höheren Berufsbildung ist der Kanton der Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen vom 22. März 2012 (LS 414.153) beigetreten. Sie stellt in den Vereinbarungskantonen die Freizügigkeit von Studierenden an höheren Fachschulen sicher.

Stärkung der Berufsmaturität (BM)

Die BM hat sich als Angebot für schulisch starke Jugendliche etabliert und trägt wesentlich zur Verbesserung der Durchlässigkeit und Attraktivität der Berufsbildung bei. Sie qualifiziert zum Eintritt in eine Fachhochschule oder mittels Passerelle in eine Universität oder Eidgenössische Technische Hochschule (ETH). Zurzeit werden Massnahmen für die Weiterentwicklung der BM erarbeitet.

Nachholbildung

Erwachsene Personen können neben der Absolvierung des Qualifikationsverfahrens ohne berufliche Grundbildung oder einer Lehre mittels eines Validierungsverfahrens einen anerkannten Berufsabschluss erlangen. Der Kanton bietet für folgende, zum Teil vom Fachkräftemangel betroffene Berufe ein Validierungsverfahren an: Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ, Fachfrau/Fachmann Betreuung EFZ, Informatikerin/Informatiker EFZ, Logistikerin/Logistiker EFZ.

e) Fachhochschulen und Universität

*Einfache Zulassung von ausländischen Professorinnen
und Professoren*

Die Universität und teilweise auch die Zürcher Fachhochschule suchen wissenschaftliche Fachpersonen grundsätzlich über internationale Ausschreibungen. Zurzeit sehen die Weisungen des Bundesamtes für Migration zum Ausländergesetz vor, dass Professorinnen und Professoren an Universitäten und Fachhochschulen sofort eine Niederlassungsbewilligung C erhalten. Dies wurde schon vor der Geltung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit so gehandhabt. Um die Qualität des höheren Bildungswesens weiterhin zu gewährleisten, ist eine unkomplizierte Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern auf Professorenstellen unabdingbar.

Förderung von NaTech

Im Rahmen der vom Bildungsrat diesbezüglich beschlossenen Massnahmen haben die Pädagogische Hochschule Zürich bzw. Universität und ETH Zürich die Aus- und Weiterbildung der Volksschul- und Mittelschullehrpersonen in NaTech verbessert. Die Universität hat ferner ein «Science Lab» eröffnet. Es steht Mittelschullehrpersonen für ihre Weiterbildung und ganzen Schulklassen als externer Lehrort zur Verfügung.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Bildungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi